

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/36

Bad Godesberg, den 20. Juli 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	An die falsche Adresse gerichtet ----- Zur EASS-Erklärung über die Notstandsgesetzgebung	36
2 - 3	Mitteldeutscher Alltag ----- Die neue Regierung in Ostberlin	95
4	Käte Strobel ----- Zum 60. Geburtstag der Bundesministerin für Gesundheitswesen	30
5 - 6	"Ein Unternehmer reist durch die Sowjetunion" ----- Bemerkungen zu einem Buch von Kurt A. Kärber Dr. Alex Möller, MdB	101

* * *

An die falsche Adresse gerichtet

Zur TASS-Erklärung über die Notstandsgesetzgebung

G.M. - In Moskau scheint es wieder einmal so weit zu sein, daß man sich in den Führungsgremien über das Verhalten gegenüber der Bundesrepublik nicht einigen kann. Abgesehen davon, daß die TASS-Erklärung zur Notstandsgesetzgebung eine völlig deplazierte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik darstellt, ist sie auch noch an die falsche Adresse gerichtet.

Wenn es überhaupt einen Sinn haben sollte, daß sich eine der früheren Siegermächte unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen zu innerdeutschen Angelegenheiten äußert, dann wäre der richtige Adressat die Ostberliner Regierung. Bekanntlich wird in der Bundesrepublik zur Zeit noch über Gesetze beraten, die dem Bürger auch in Notsituationen die Gewißheit geben sollen, daß seine Freiheit respektiert wird. Es gibt also noch kein abgeschlossenes Gesetzeswerk, aber wenn es eines Tages zustande kommen sollte, dann wird es so aussehen, daß der demokratische Staat und die Freiheit seiner Bürger gesichert bleiben.

Anders ist es dagegen in Ostberlin. Dort hat man schon seit Jahren die Möglichkeit, mit Hilfe von Verfügungen und Verordnungen die Verfassung außer Kraft zu setzen. In der DDR kann die Regierung seit jeher dem Bürger jede verbliebene Freiheit nehmen. Sie tut dies übrigens auch schon seit Jahren, ohne daß hierfür eine zwingende Notwendigkeit bestünde.

Was soll also die TASS-Erklärung? Bestimmte Informationen aus Moskau lassen vermuten, daß diese Erklärung zwar nicht ganz ohne Wissen des sowjetischen Außenministers über die Moskauer offizielle Nachrichtenagentur gegangen ist, daß man sich aber weigert, offiziell und regierungsamtlich dazu Stellung zu nehmen. Jedenfalls haben nichtdeutsche in Moskau akkreditierte Korrespondenten bis zur Stunde keine klaren Auskünfte darüber erhalten können. Aus diplomatischen Kreisen der sowjetischen Hauptstadt verlautet außerdem, die TASS-Erklärung sei schon vor einigen Wochen formuliert worden, habe aber bis jetzt kein "grünes Licht" für die Veröffentlichung erhalten...

Unabhängig davon bleibt jedoch die Frage offen, welche Kräfte in der politischen Führung der Sowjetunion ein Interesse daran haben mögen, das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau zu verschlechtern. Aus den offiziellen Verlautbarungen der Regierung dürfte eine derartige Absicht kaum erkennbar sein.

Mitteldeutscher Alltag

Die neue Regierung in Ostberlin

rm. - Die Regierungsbildung in Ostberlin kann nicht nur als das notwendige Ergebnis bedingt durch die Neuwahl der Volkskammer angesehen werden. Die Ablösung bedeutet diesmal etwas mehr als das Auswechseln alter gegen neue Minister.

Die neue Regierung muß unter dem Aspekt einer Umstrukturierung der Gesamtarbeit in den Ministerien - wenigstens in den Ressortbereichen Wirtschaft - gesehen werden. Bisher waren die Minister in ihren Bereichen hohe Vollzugsbeamte mit wenig Eigeninitiative einer vielschichtig abgestuften Verwaltung, die zudem oft recht ineffektiv arbeitete. Dem Minister standen, vor allem in den Wirtschaftsressorts weniger exekutive bzw. kontrollierende Rechte zu, wie zum Beispiel der mächtigen Plankommission. Dort vereinigte sich in Wirklichkeit ein erheblicher Teil der Entscheidungsbefugnisse. Sie hatte sich zu einer Nebenregierung entwickelt und die Ministerien wurden zu einer Art Funktionsträger der Plankommission degradiert. In ihr konzentrierten sich Entscheidungs- und Kontrollgewalt, daneben standen noch analytische Aufgaben zur Erledigung an. Das überforderte jedoch - wie am Beispiel des durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Kommissionschefs Dr. Apel beweist - die Grenzen menschlicher Leistungsfähigkeit. Dr. Apel mußte an der ihm gestellten Aufgabe scheitern. In der Praxis ergab sich, daß die Ministerien eine Art Nebenamt zum Hauptamt geworden waren. Die Plankommission wird, nach den neuen Richtlinien, auf beratende und analytische Tätigkeiten zurückverwiesen. Die exekutiven Kompetenzen verlagern sich somit von der Plankommission auf die verschiedenen Ressortministerien. Wenn bisher die "Konzerne" (VVB), oder die Betriebe (VEB), ihre Anweisungen vor allem von der Plankommission erhielten, so läuft der exekutive Strang jetzt vom VEB über die VVB zum Ministerium, daß je nach den zu treffenden Entscheidungen, die Plankommission mit einschalten kann oder muß. Die Plankommission ist ein wichtiges Hilfsorgan der Ministerien geworden. Bisher gab es diese klare Regelung nicht, was zu Kompetenzschwierigkeiten und Überschneidungen in dem Entscheidungsgewalt führte.

In seiner Rede, die Ulbricht auf dem 2. Plenum des ZK der SED Anfang Juli dieses Jahres gehalten hat, wurden entscheidende Veränderungen im legislativen und exekutiven Bereich des Staates angekündigt. Ulbrichts Ausführungen gingen dahin, daß die Stellung der Volkskammer in Zukunft gestärkt werden soll. Den Ausschüssen dieses Parlamentes sollen Rechte zugewiesen werden, die denen unseres Parlamentes ähneln. Die Ausschüsse erhalten, neben ihrer beratenden Tätigkeit auch gewisse Kontrollfunktionen über die Ministerien; sie sollen auf die richtige Durchführung der Gesetzes achten. Die parlamentarische Arbeit soll sich aus der Routine-eintönigkeit herausheben, sie soll lebendiger und vor allem effektiver werden. Dem "Staatsrat", dem Ulbricht vorsteht, werden in Zukunft mehr legislativ-vorbereitende Maßnahmen, als exekutiv einwirkende Tätigkeiten zugewiesen. Insgesamt kann gesagt werden, daß die neuen Regelungen die Stellung der Volkskammer stärken und daß die legislativen, wie auch die exekutiven Gewalten besser abgegrenzt werden sollen. Natürlich bleibt die Frage offen, ob Gewohnheiten, in jahrelanger Praxis geprägt, schnell und entscheidend verändert werden können, oder ob der alte Trott das Tempo weiterbestimmen wird. Die neue Regierung besteht aus 39 Ministern.

davon gehören dem ZK der SED 23 als Mitglieder oder als Kandidaten - sowie ein Minister dem Politbüro als Mitglied - an. Der CDU-Ost gehören zwei Minister, der LDPD, der NDPD und der Bauernpartei (DPD), je ein Minister an. Die SED besitzt also wieder nicht nur die erdrückende Mehrheit in der neuen Regierung, ihre Minister sind auch in den höchsten Gremien dieser Partei vertreten. Partei und Regierung sind somit weiterhin miteinander koordiniert. Von den 39 Ministern besitzen 24 eine akademische Ausbildung. Sie sind, außer zwei Ministern, entsprechend graduierter. Sechs Minister führen einen Ingenieurtitel.

Bei der Auswahl der Minister ist auf qualifiziertes Wissen, neben politischer Standfestigkeit, erhöhte Bedeutung gelegt worden. Unter den neuen Richtlinien, die jetzt für die Arbeit der Ministerien gültig sind, werden erhöhte Ansprüche an die einzelnen Regierungsmitglieder, zur Verbesserung der Arbeit gestellt. Das erforderte zum Teil neue und unverbrauchte Kräfte; die alten wurden ohne Eklat verabschiedet.

Die umfangreiche und mehrere tausend Worte umfassende Regierungserklärung von Ministerpräsident Stoph führt elf Punkte als "Hauptaufgaben im Arbeitsprogramm des Ministerrates" auf. Die allgemeine politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Stärkung der DDR wird gefordert. Der Wirtschaftsplan bis 1970, wird als "Instrument zum entscheidenden Schritt zur Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus" angesehen. Die technische Revolution, in all ihren verschiedenen Phasen und Anwendungsgebieten, wird forciert fortgeführt. Damit hängt zusammen; die Verbesserung der Struktur der Volkswirtschaft die Erhöhung und zweckmäßige Verwendung des Nationaleinkommens, Verbesserung der Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung, Erhöhung des Bildungsniveaus, Verbesserung der Rechtsordnung. Nach außen wird die Zusammenarbeit zu den Blockstaaten vertieft, die Beziehungen zu den "national-demokratischen Staaten", im Kampf gegen "Kolonialismus", werden erweitert werden. Den Außenhandelsproblemen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das Ministerium für Außenhandel wird deshalb in ein "Ministerium für Außenwirtschaft" umgebildet. Es übernimmt Funktionen der Planung und Leitung der Außenwirtschaft. Als letzte Punkte, zehn und elf, wird die "Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten... und die Herstellung normaler Beziehungen zur besonderen politischen Einheit Westberlin" gefordert.

Die Bundesrepublik und die DDR, so heißt es weiter, seien zu einem Abrüstungsbeitrag verpflichtet. Deshalb wird gefordert: Herabsetzung der Rüstungsausgaben beider Staaten auf die Hälfte, Verzicht auf Atomwaffen und die Bereitschaft, an einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa teilzunehmen.

Die Regierung Stoph führt mit diesem Regierungsprogramm kontinuierlich die Politik des alten Kabinetts weiter. Die Merkmale der Regierungserklärung liegen besonders auf jenen Akzenten, die die innere Ordnung des Staates, seiner Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und militärischen Stärkung betreffen.

Käte Strobel

Zum 60. Geburtstag der Bundesministerin für das Gesundheitswesen

sp - "Strobel, Frau Käte, geborene Müller, Hausfrau" - so steht es nüchtern im Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages. Am 23. Juli kann die Bundesministerin für Gesundheitswesen ihren 60. Geburtstag begehen. Wer sie sieht und wer ihre Vitalität kennt, glaubt das nicht. Die kleine Frau an der Spitze eines so wichtigen Bundesministeriums ist verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter.

Seit ihrer frühesten Jugend steht die in Nürnberg geborene Bundesministerin an führender Stelle der großen sozialdemokratischen Gemeinschaft. Sie war in der Jugend- und Erziehungsbewegung tätig, widmete sich später der Frauenorganisation und fand schließlich ihren Weg zu den großen Verbraucherorganisationen, wo sie mit allgemein anerkannter Sachkenntnis die Interessen der Konsumenten vertrat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Käte Strobel bald Mitglied des Parteivorstandes der SPD; 1949 wählte sie der Bezirk Franken in den Deutschen Bundestag. Hier flößte sie bald ihren männlichen Kollegen durch ihre ruhige und doch vitale Arbeitsweise größten Respekt ein. Als Mitglied des Europäischen Parlaments wurde sie schließlich zur Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion in Straßburg gewählt. Hier lernte man sie als eine unermüdete Initiatorin für die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften kennen; vieles, was in den letzten Jahren auf diesem Gebiet geschah, verdankt die EWG Käte Strobel.

Als die SPD in die Regierung der Großen Koalition eintrat, mußte Käte Strobel ihre liebgeordnete Tätigkeit in Straßburg aufgeben. Einstimmig schlug die sozialdemokratische Bundestagsfraktion sie als Ministerin für Gesundheitswesen vor. Auch in diesem Amt hat Käte Strobel die neuen Aufgaben mit Energie angepackt. Langjährige Erfahrung im Bundestag und seinen einschlägigen Ausschüssen waren für sie die beste Voraussetzung, um die ihr jetzt gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Wir wünschen Käte Strobel weiterhin erfolgreiche Arbeit.

"Ein Unternehmer reist durch die Sowjetunion"

Bemerkungen zu einem Buch von Kurt A. Körber

Dr. Alex Möller, MdB

Kurt A. Körber, der Inhaber der Hauni-Werke, schildert in einem le-
senswerten Büchlein seine Eindrücke von einer Reise, die ihn zusammen
mit Professor Kogon, Dr. Proß, Dr. Koch, Kirchenpräsident Niemöller, Ma-
rion-Gräfin Dönhoff u.a. von Moskau über Nowosibirsk, Irkutsk, Bratsk,
Alma-Ata, Taschkent, Samarkand und Buchara zurück nach Moskau führte.
Die Reise wurde im April 1967 unternommen und brachte die Teilnehmer
per Flugzeug über mehr als 23 000 km durch die Sowjetunion.

Körber hebt zunächst die "erstaunliche, umfassende Bildungsrevolu-
tion" seit 1917 hervor. Ohne Zwang und ohne ein Lohnpolitik, die durch
nach dem Bildungsstand differenzierte Tarife die Lernbereitschaft der
Bevölkerung stimulieren sollte, wäre diese positive Entwicklung nach An-
sicht Körbers nicht möglich gewesen. Die höchsten Bezüge erhalten Pro-
fessoren, ein akademisch gebildeter Werkdirektor rund 400 Rubel, Hoch-
schulabsolventen beginnen bei 120 bis 150 Rubel, Arbeiter mit Mittel-
schulbildung erhalten anfangs 80 Rubel. - Es ist irreführend, wenn Kör-
ber hier anmerkt, 1 Rubel entspreche 4,25 DM. Das ist der von der Sow-
jetunion zwangsweise festgesetzte Kurs, der keinesfalls Aufschluß über
die Kaufkraft der Sowjeteinkommen gibt.

Körber sagt an anderer Stelle (Seite 19) ganz richtig, daß "alle
Dinge, die zur nackten Existenz gehören, äußerst billig (sind). Für je-
den Anflug von Luxus aber muß man einen unvorstellbar hohen Preis zah-
len". Dabei sind Qualität und Aufmachung dieser Erzeugnisse nach unse-
ren Maßstäben überwiegend unbefriedigend.

Die Zufriedenheit des Sowjetmenschen hat nach Körber ihren Ursprung
in der Tatsache, daß er in allem nur die Verhältnisse während der Zaren-
herrschaft als Vergleichsbasis heranzieht. Vom Verfasser dieser Zeilen
sei hinzugefügt, daß von parteiamtlicher Seite dabei versucht wird, je-
ne Verhältnisse in noch schwärzeren Farben zu schildern, als sie tatsäch-
lich waren. So wird z.B. meist davon ausgegangen, daß das Industriepoten-
tial Rußlands zu Beginn des Ersten Weltkrieges praktisch gleich Null ge-
wesen sei. In Wirklichkeit aber stand Rußland damals der absoluten Indu-
strieproduktion nach bereits an fünfter Stelle in der Welt. Der Einzelne
wird von einem beachtlichen Stolz über das Erreichte erfüllt. Ohne Lenin
und die Partei wäre die ihnen dargestellte Entwicklung nicht möglich ge-
wesen.

In Körbers Ausführungen kommt deutlich zum Ausdruck, daß die Ver-
hältnisse in der Sowjetunion von einem Russen zwangsläufig ganz anders
beurteilt werden als von einem Westdeutschen. Das Milieu und die Tradi-
tion im Marxschen Sinne bilden in beiden Fällen die Bewertungsskala. Des-
halb kann ein Sowjetrusse die Bundesrepublik nicht so positiv beurtei-
len, wie wir es gern sähen.

Körber hebt ferner die nach modernsten Gesichtspunkten eingerichte-
ten Kraftwerksanlagen von Bratsk und die weitestgehend automatisierten
neuen Werksanlagen hervor ("Roter Oktober" in Moskau), an anderer Stel-
le aber auch die technische Rückständigkeit einiger Fabriken der Ver-
brauchsgüterindustrie. - Die Produktionskapazität der Maschinenbauindu-
strie reicht nicht aus, um den Eigenbedarf zu befriedigen. Daher sind
viele der modernen Maschinen importiert (bekanntlich spielt die DDR

hierbei eine sehr wichtige Rolle). Körber lobt zwar den hohen Stand der wissenschaftlich-technischen Forschung, scheint jedoch nicht die systemimmanente Diskrepanz zwischen deren Ergebnissen und ihrer Durchsetzung im Produktionsprozeß zu sehen. An anderer Stelle wird die schlechte Versorgung genannt und dabei ein Bekenntnis zu den Prinzipien der freien Marktwirtschaft abgelegt (Seite 15), dann jedoch deutlich betont, daß die zentrale Planung der Sowjetunion in den Infrastrukturbereichen Hervorragendes geleistet hat (Seite 16).

Bei Begegnungen mit sowjetischen Menschen fiel Körber immer wieder "die warmherzige Gastfreundschaft" auf (Seite 8). Auch der Verfasser dieser Zeilen war während seiner beiden Reisen in den letzten Jahren davon stark beeindruckt. Obwohl die politische Führung und die Wirtschaft der Bundesrepublik tagtäglich von Presse, Funk und Fernsehen diffamiert werden, zeigt sich das nicht im Verhalten der Bürger der Sowjetunion gegenüber dem westdeutschen Gast. Selbst Körber als im ideologischen Sinn des russischen Kommunismus reinrassiger Kapitalist konnte diese Erfahrung machen. Allerdings hebt Körber hervor, daß in dem Moment, in dem die Frage "Wie kann der Frieden in Europa gesichert werden?" zur Erörterung steht, große Meinungsverschiedenheiten auftreten. Hierbei werden von sowjetischer Seite die bekannten Behauptungen aufgestellt und die ebenso bekannten Forderungen genannt. Auch Körber kommt sinngemäß zu dem Schluß, daß die Bundesrepublik als "Feind-Attrappe" (Lorenz) zur Ablenkung von wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion und zur Festigung des Zusammenhalts im Ostblock erfunden werden müßte, wenn es sie nicht schon gäbe.

Körber hat den Eindruck gewonnen, daß mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bukarest eine Versteifung der Haltung Moskaus gegenüber Bonn eingetreten sei. In diesem Schritt Bonns manifestierte sich der Wille, die Volksdemokratien aus dem Bündnis mit der Sowjetunion herauszuberechnen und die DDR zu isolieren.

Zum Abbau des gegenseitigen Mißtrauens schlägt Körber vor "... Gespräche und nochmals Gespräche und gegenseitige Studienreisen von Politikern und Privatpersonen so viel als möglich..." vor (Seite 25). In dieser Richtung lag unter anderem die Diskussion der Delegationsteilnehmer mit den führenden Persönlichkeiten des Moskauer Friedenskomitees. (Ein Standpunkt, der vom Verfasser dieser Zeilen nach seiner ersten Moskauer-Reise im März 1965 immer wieder und mit Nachdruck vertreten worden ist.)

Körber regte an, ein "Bergedorfer Gespräch" mit sowjetischen Referenten zu veranstalten, sowjetischen Studenten Stipendien für ein Studium in der Bundesrepublik zu gewähren und ein "Gastgeberkomitee zur Durchführung von Studienreisen für sowjetische Gäste durch die Bundesrepublik" zu gründen. (Seite 27).

Diese Vorschläge sind beachtlich. Fraglich ist aber, ob die Erkenntnis Körbers "Einmal sehen ist besser als hundert Mal lesen" auch den Beifall der politischen Führung in der Sowjetunion findet. Wenn bereits im Herbst vorigen Jahres die Sowjetbürger gewarnt wurden, sich in Diskussionen mit westlichen Touristen einzulassen, weil diese angeblich Verwirrung stiften oder gar Spionageaufträge ausführen wollen, so ist erst recht zu bezweifeln und selbstverständlich zu bedauern, daß die Reismöglichkeiten in den Westen durch die Sowjetunion wesentlich erleichtert werden.

Man darf sich bei uns jedoch nicht zu schnell enttäuschen lassen. Die Körbersche Studie ist interessant; ich selbst kann seine Vorschläge nur begrüßen.